

Für den Erhalt unserer Grundrechte

Presseinformation zur Demonstration „Krieg ist Frieden – Überwachung ist Sicherheit“

Rosenheim (re) Unter dem Motto „Krieg ist Frieden – Überwachung ist Sicherheit“ findet am Samstag den 21. Juni in Rosenheim eine Demonstration gegen die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts durch die CSU Staatsregierung sowie gegen den zunehmenden Überwachungsstaat in Form der Vorratsdatenspeicherung, der Online-Durchsuchung, Wohnraumüberwachung, Speicherung biometrischer Daten im Ausweis, Speicherung von Autokennzeichen, des geplanten Einsatzes der Bundeswehr im Innern, etc. statt.

Aktueller Anlass für die Demonstration ist die geplante Einführung eines bayerischen Versammlungsgesetzes, welches aufgrund der befürchteten massiven Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit bei zahlreichen Kritikern auf Widerstand stößt. Sollte dieses Gesetz Wirklichkeit werden, könnten nach Meinung der Kritiker, bereits gemeinsame Fahnen, Kleidung oder Anstecker gegen das sogenannte Militanzverbot verstoßen und deshalb Demonstrationen aufgelöst werden. Dazu könnten auch gewerkschaftliche Versammlungen zählen. Auch zahlreiche weitere Änderungen, stoßen auf Kritik. Das Rosenheimer Demonstrationsbündnis befürchtet zum Beispiel, das schon zwei Personen, die eine gemeinsame Meinungsäußerung im öffentlichen Raum kundtun, als anmeldungspflichtige Versammlung betrachtet werden könnten. Auch die Änderung, dass es der Polizei zukünftig ermöglicht werden soll den Versammlungsleiter als ungeeignet oder unzuverlässig abzulehnen und die Versammlung somit zu beenden, stößt auf massives Missfallen. „Das sind Einschränkungen unserer demokratischen Grundrechte, die der Willkür Tür und Tor öffnen“ kommentiert Michael Kurz, ein Sprecher der Infogruppe Rosenheim, die Pläne der bayrischen Staatsregierung, welche das Gesetz noch vor der Sommerpause im Landtag beschließen möchte.

Mit der Demonstration will der Vorbereitungskreis (u.a. Infogruppe Rosenheim, attac, Linkspartei, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) nicht nur gegen das neue Versammlungsgesetz protestieren, sondern auch gegen eine Reihe weitere geplante oder bereits beschlossene Gesetzesänderungen, wie beispielsweise die Vorratsdatenspeicherung, welche es staatlichen Behörden

ermöglicht, bis zu einem halben Jahr jede Telefon-, Internet- und Handyverbindung zurückzuverfolgen. Auch das geplante BKA Gesetz, dass die bayerische Staatsregierung nun in verschärfter Form in den Bundesrat eingebracht hat und neben der Online-Durchsuchung auch die akustische und visuelle Überwachung vom Wohnraum Verdächtiger oder deren Verwandten und Bekannten ermöglichen soll, sowie die teilweise Zusammenlegung von Geheimdienst- und Polizeiaufgaben vorsieht, wird abgelehnt. Die Zusammenlegung geheimdienstlicher und polizeilicher Aufgaben wiederum galt laut Kurz wegen der historischen Erfahrung mit der Gestapo bisher als Tabu. In dem Aufruf zur Demonstration wenden sich die Organisationen noch gegen zahlreiche weitere Maßnahmen wie der Speicherung biometrischer Daten, die Speicherung sämtlicher Autokennzeichen auf Autobahnen, gegen den geplanten Bundeswehreinsatz im Innern.

Diese Gesetzesverschärfungen würden mit „einer permanenten abstrakten Terrorgefahr“ oder mit „dem Kampf gegen Extremisten“ begründet, laut Kurz wird dabei „der Schaden, den unsere Demokratie erleidet, billigend in Kauf genommen“. Betroffen seien selten Terrorist oder Schwerstkriminelle, sondern meist „marginalisierte Gruppen wie Hartz IV Empfänger, die z.B. durch Kontenabfragen kontrolliert werden oder soziale Bewegungen, wie im Vorfeld vom G8 Gipfel zu sehen war“. Aber auch der besondere Vertrauensschutz von Ärzten, Journalisten oder Rechtsanwälten würde ausgehöhlt werden..

Um dieser Entwicklung etwas entgegen zu setzen und für den Erhalt der Grundrechte zu kämpfen, veranstaltet das Bündnis aus attac Rosenheim, Die Linke – Kreisverband Rosenheim, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rosenheim, Infogruppe Rosenheim und junge GEW Rosenheim sowie zahlreiche Einzelpersonen am 21. Juni eine Demonstration. Die Auftaktkundgebung beginnt um 11:30 Uhr auf der Loretowiese und endet nach einem Demonstrationzug am Max-Josefs Platz.

Die Abschlusskundgebung beginnt dort um ca. 14:30 Uhr. Weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.21juni.de.vu